DER LANDTAG

SCHLESWIG - HOLSTEIN

10/2001

Kiel, 25. Januar 2001

Sperrfrist: 25.01.01, 18.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Arens: Wehrbereichsverwaltung muss in Kiel bleiben

Kiel (SHL) – *In seiner Rede anlässlich des Bundeswehrempfangs am 25. Januar 2001 erklärte Landtagspräsident Heinz-Werner Arens u. a.:*

„Sparzwänge und Strukturentscheidungen, wechselnde Anforderungen: Das sind alles Themen, mit denen sich die Bundeswehr derzeit auseinander zu setzen hat. Die strukturellen Änderungen werden die Bundeswehr und ihre Standorte auch hier in Schleswig-Holstein treffen.

Ich möchte hier nochmals betonen, dass eine Anpassung der Bundeswehr an die veränderten Rahmenumstände von allen als notwendig angesehen wird. Dass damit eine Reduzierung oder Verlagerung von Standorten einhergeht, also eine Änderung der alten Verhältnisse, ist notwendig und zwangsläufig. Diejenigen, die da meinen, dass keine Veränderungen notwendig sind, verabschieden sich aus jeder ernstzunehmenden Debatte.

Ich will die Gelegenheit aber auch nutzen, um zu zeigen, wo die Grenzen zwischen zwangsläufigen und unnötigen Entscheidungen liegen, nämlich denen, die aus rein politischen und nicht strategisch-sinnvollen Erwägungen gefällt werden.

Eine solche Grenze liegt für mich in der möglichen Absicht, die Wehrbereichsverwaltung von Kiel nach Hannover zu verlegen. Aus meiner Sicht finden sich keine, ich möchte dies betonen, keine Gründe FÜR eine Verlegung nach Hannover. Alle sachlich ernstzunehmenden Argumente sprechen deutlich für Kiel. Hervorgehoben sei, dass Kiel für die Betreuung der Teilstreitkräfte Marine der Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zuständig ist und allein deswegen schon über einen erheblichen Kompetenzvorteil verfügt.

Zu beachten ist weiterhin, dass eine Verlagerung von nahezu 1000 Arbeitsplätzen eine Stadt mit einer Einwohnerzahl von 250.000 Menschen ungleich anders

trifft als eine Stadt mit über einer halben Millionen Menschen. Bereits diese Argumente sprechen eine eindeutige Sprache.

Wir sind als Politiker aufgefordert, aber auch alle Entscheidungsträger der Bundeswehr, im Sinne der Sache zusammenarbeiten, um nicht sachgerechte Maßnahmen zu vermeiden und uns für die effizienteste Lösung, nämlich für den Erhalt der Wehrbereichsverwaltung in Kiel, einzusetzen.

In diesem Sinne ist jetzt auch das Ringen um jeden einzelnen Standort angesagt. Denn für die abschließende politische Entscheidung des Bundes gelten nicht ausschließlich militär-strategische Notwendigkeiten. In die Waagschale gehören immer auch infrastrukturelle und soziale Begründungen.“

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, E-Mail: Joachim.Koehler@ltsh.landsh.de. Internet: <http://www.sh-landtag.de>